

Das Pilotprojekt Martin Bühler

Der «Kopfhinter der innovativsten Schweizer Corona-Politik» will in die Regierung – ohne politisches Profil

Die Pandemie brachte ihn ins Fernsehen. Nun tritt Martin Bühler als FDP-Kandidat für den Regierungsrat in Graubünden an.

ANGELIKA HARDEGGER

An diesem Freitagmorgen Ende April hat Martin Bühler die Lage im Griff. Seine Kommandanten sitzen zur Weiterbildung im Zivilschutzzentrum von Chur. Bühler stellt sich vor die Versammlung für einen «kurzen Rundumschlag» darüber, was aus allen Himmelsrichtungen droht.

«In Italien nach wie vor Afrikanische Schweinepest, auch von Norden her», rapportiert er. Im Süden ist mit Waldbränden zu rechnen, in Davos mit Demonstrationen am bevorstehenden WEF. Bei Corona, immerhin, «im Moment eine eher ruhige Lage». Aus Osten hingegen eine «Migrationslage» und, auch das will Bühler betonen, eine «A-Lage, auf die wir vorbereitet sein müssen».

Bühler rapportiert im Anzug vor den uniformierten Kommandanten, was er sonst nie macht, aber am Abend hat er Wahlkampf. Dort wird Bühler weniger von den vielen Lagen sprechen, die über Graubünden hereinzubrechen drohen. Mehr von jenen, die er bereits bewältigt hat.

Als in Bondo der Berg auf das Dorf stürzte, leitete Bühler, Chef des Amts für Zivilschutz und Militär in Graubünden, den Einsatz. Er war zwei Jahre lang der kantonale Krisenchef in der Pandemie und «der Kopf hinter der innovativsten Schweizer Corona-Politik», so lobte ihn die «Aargauer Zeitung». Das Schweizer Fernsehen begleitete ihn als «Mann im Ausnahmezustand» gleich zweimal für eine lange Reportage.

Jetzt leitet Bühler den Bündner Krisenstab für die Ukraine. Tagsüber. Abends kandidiert er für einen Sitz in der Regierung. Er tritt an für die FDP, seine langjährige Partei. Sie nominierte ihn, obwohl auch der Stadtpräsident von Chur sich anbot und die Fraktionschefin im Grossen Rat. Erfahrenes FDP-Personal, anders als Bühler, der politisch kaum zu fassen ist.

Er hat weder ein politisches Profil noch politische Erfahrung. Im Prinzip fehlt ihm auch ein politisches Programm. Martin Bühler, 45, kandidiert mit sich selbst und seinen Krisen.

Im Raum der Mächtigen

Im Rhätischen Museum in der Altstadt von Chur hängt die Macht eingerahmt an der Wand. Jörg Jenatsch oder Eveline Widmer-Schlumpf haben einen Rah-

Martin Bühler ist einfach nicht das, was man von einem klassischen Kandidaten der FDP erwartet.

men, zur Verwirrung des anwesenden Publikums auch Magdalena Martullo-Blocher. Das Museum hat zu einer Vernissage geladen, «so eine Einladung, die ich jetzt vielleicht eher annehme als früher», wie Bühler sagt.

Er schüttelt Hände, nickt Grüezi an potenzielle Wähler, und für einen Moment meint Bühler in einem Gemälde an der Wand seinen Ururgrossvater zu erkennen, den letzten Regierungsrat in der Familie.

Der Ururgrossvater hinterliess Graubünden eine Eisenbahn und der Familie einen Anspruch. Hier, unter dem Eindruck des Ururgrossvaters, entfernt sich Bühler von seinem Image als politischer Quereinsteiger. Er wirkt hier mehr wie einer, der schon immer in den Raum der Mächtigen strebte. Und dem die Umstände nun den Express erlau-



Martin Bühler fährt seit Monaten durch Graubünden und erzählt den Bündnern von sich und seinen Krisen.

CHRISTOPH RUCKSTUHL / NZZ

ben. «Alles Gute», sagt ein Mann, der ans Buffet verschwindet. «Auch dann im Amt!»

In der Wahlumfrage des Instituts Sotomo von Mitte April kam Bühler auf den dritten Platz. Er wäre komfortabel gewählt worden, vor der Konkurrenz aus der Mitte und einem amtierenden Regierungsrat. Seit der Nominierung hat Bühler 140 Veranstaltungen besucht, «mindestens eine pro Tag, das bin ich der Partei schuldig».

Nach der Vernissage fährt er zur FDP in Andeer, da war er im Dezember schon einmal. Und die Hälfte der Anwesenden auch, wie er jetzt merkt. Vielleicht deshalb redet er sich so weit hinaus in die Welt, dass zeitweilig zu befürchten ist, er finde gar nicht mehr zurück nach Andeer.

Er erzählt von Bühler, dem Militärbeobachter im Nahen Osten, und Bühler, dem Nachrichtenoffizier in Kosovo. Er holt aus zur zweiten Intifada und zum Tod von Yasir Arafat, da sieht Bühler einen Bogen zum Verbandsbeschwerderecht in der Schweiz. Aber der Bogen erscheint ihm dann doch zu gross, um mündlich ausgeführt zu werden.

Vielleicht erinnern sich ein paar Freisinnige im Säli in Andeer jetzt an Bühlers Auftritte in den Medien. Gefragt, wo in Graubünden gespart werden müsse, antwortete Bühler, der Freisinnige: «Beim Strom.» Als ihn die «Südostschweiz» zu seinem Umgang mit Geld befragte, sagte er: «Geld ist mir vielleicht ein bisschen zu wenig wichtig. Es geht mir manchmal etwas leicht aus der Hand.»

Er versuchte die Sache mit dem Geld noch zu retten, aber es blieb bei einem Versuch. Martin Bühler ist einfach nicht, was man von einem klassischen Kandidaten der FDP erwartet.

Er beherrscht politische Floskeln, dann ist er «für föderale Lösungen», sucht «effiziente Lösungen bei der Digitalisierung», nennt sich «kompetent, offen und innovativ». Aber was Martin Bühler konkret vorhat in der

Regierung, kann er beim besten Willen nicht sagen. «Ich muss doch zuerst einmal hingehen im Departement und schauen, was nicht funktioniert.» Die Lage beurteilen.

Bühler ist ein Mann, den die Armee schulte, sein Programm für die Regierung folgt den Prinzipien des militärischen Managements. Lage beurteilen, analysieren, Varianten ausschaffen, entscheiden. Er ist ein Mann der besonderen Lage in einer Zeit, die besonders ist. Wozu ein politisches Programm, wenn es dann über den Haufen geworfen wird?

Er hat sich immer dabei

Martin Bühler speichert sein Leben auf einer externen Harddisk. Er hat sie bei der Arbeit immer dabei, dann kann er sie am Computer anschliessen und sich innert Sekunden durch Jahre und Ordner klicken, in seine Erfahrung hinein.

Dort findet er unter anderem das Trampolin-Programm, das er im Jahr 2003 für den Bürgerturnverein Schiers choreografierte, und den Song zur Show von Snap: «I've Got The Power». Oder Fotos aus der Kindheit in Gabon, wo der Vater Chefarzt war am Albert-Schweitzer-Spital und Martin ein Kindergärtler. Später las Bühler viele Bücher über Schweizer. «Der war Philosoph, Organist, Musiker, Pfarrer, Denker. Aber er hat ein Spital in den Urwald gebaut – aus dem Nichts!» Er bewundert Leute, «die etwas auf den Boden bringen». Es wäre sein Anspruch an sich selbst im Amt, wo nötig gegen die Konvention.

Als Bub schrieb Bühler von links nach rechts. Er war Linkshänder und fand es unsinnig, die Buchstaben zu stossen, statt sie zu ziehen, so wie es Rechtshänder tun. Eine Lehrerin notierte das in einem schriftlichen Zeugnis, das Bühler bis heute auf der externen Harddisk gespeichert hat. Er hat das Unangepasste in sich immer dabei.

Er sagt: «Man darf in der Politik auch mal frech sein. Wenn man immer

das Absichern vor Augen hat, schafft man nichts.» Dann sieht er aus wie ein 45-jähriger Spitzbub. Auch irgendwie unberechenbar.

Als die zweite Corona-Welle sich anbahnte, ging Graubünden unter Bühler einen Sonderweg. Um einen zweiten Shutdown zu verhindern, überzeugte er die Regierung von Massentests. Jeder dritte Bündner wurde regelmässig getestet, es war ein grosses Pilotprojekt.

Bühler stellte von Beginn weg klar, dass man scheitern könne. Aber die Massentests funktionierten. Der Bündner Versuch hallte bis Bern, dort leitete der Bundesrat eine Änderung der Covid-Verordnung ein. Er finanzierte Tests neu auch für Personen ohne Symptome, «wir hatten den praktischen Nachweis erbracht, dass viele Tests funktionieren», sagt Bühler.

Sein Pilotprojekt brachte ihm viel Respekt ein im Kanton. Man habe in der Pandemie gesehen, dass Bühler funktioniere, wird vor der Wahl über ihn geschrieben. Er ist für die Bündner zu einem erfolgreichen Pilotprojekt geworden. «Die Leute wissen jetzt, dass ich Themen, die weh tun, anpacke», sagt er.

Die schwierigen Fälle

Als Bühler noch Primarlehrer war, betreute er eine Sonderklasse. Er hatte immer gern mit den schwierigen Fällen zu tun. Die Kunst habe darin bestanden, «zuerst ein Setting zu schaffen für diese Schüler, damit man dann an die Lernziele rangehen kann». Er nimmt sich das in der Politik ganz ähnlich vor, beim Ausbau der Wasserkraft etwa, der blockiert ist, oder bei «Knöpfen in der Raumplanung». Seine Zivilschutzkommandanten sagen, man merke Bühler den Lehrer noch an. «Er hat die Gabe, dass er jeden abholen kann.»

Ein Mitarbeiter vom Amt sagt, man verliere einen guten Chef. «Aber solche Männer gehen weiter.» Es klingt, als wäre Bühlers Kandidatur einfach der natürliche nächste Schritt in der Karriere. Dabei war sie nie so gradlinig vorgezeichnet. Er hätte sich geradeso gut darin verlieren können.

Er habe Mühe, sich auf eine Sache zu konzentrieren, hielt die Lehrerin bereits in jenem frühen Zeugnis fest. Das war, lange bevor Bühler parallel Geräte turnte und leichtathletische Fünfkämpfe absolvierte, dazu wettkampfmässig Snowboard fuhr. Und auch noch rauchte. Er war weiter Gruppenführer in der Pfadi, die er schätzte, weil es dort «so viele Facetten von Aktivitäten gab». «Ich war immer mehr der Generalist als der Spezialist», sagt Bühler, und eine Erklärung dafür ist, dass ihm vie-

Was Bühler konkret vorhat in der Regierung, kann er beim besten Willen nicht sagen.

les leichtfiel. Die andere, dass er rasch gelangweilt ist.

Er hat eine Schwäche für die Herausforderung, und vielleicht führt er den Wahlkampf, den er nun führt, ein wenig auch aus diesem Grund. Als Wettkampf. Er wurde in der Partei früh motiviert, aufzusteigen. Als dann ein FDP-Sitz frei wurde in der Regierung, machte er es wie so oft. Er probierte einfach aus.

Die Partei befragte ihre Mitglieder per Brief, ob man sich ein Amt vorstellen könne und welches. «Ich dachte: Jetzt setze ich einfach mal das Kreuz.» Es folgten Hearings, und Bühler befand, er wolle «die Hand jetzt nicht gleich wieder runternehmen». So betrachtet, war auch seine Kandidatur eine Art Pilotprojekt. Am Sonntag wird er wissen, ob es funktioniert hat.

Kommentar

Ein schärferes Mediengesetz ist überflüssig

DANIEL GERNY

Als der «Tages-Anzeiger» kürzlich über die Entführung von Christoph Berger, Präsident der Impfkommision, berichtete, beantragte dessen Anwalt vor Gericht, die Zeitung dürfe den Namen nicht nennen. Das ist mit einer superprovisorischen Verfügung ohne Aufwand möglich. Das Medium muss dafür nicht einmal angehört werden. Und tatsächlich: Das Bezirksgericht folgte dem Antrag – und kurz darauf war dessen Name auf den «TA»-Webseiten verschwunden.

Mit einer superprovisorischen Verfügung können sich Personen und Unternehmen prophylaktisch gegen Berichte verteidigen – also bevor klar ist, ob wirklich eine Rechtsverletzung droht.

Zu groben Fouls kommt es praktisch nie – und wenn doch, greifen die Gerichte zuverlässig ein.

Gedacht ist das Instrument für gravierende und dringliche Fälle. Zum Beispiel, wenn ein Medium ein nicht existierendes Strafverfahren oder intime Familiengeschichten ausbreiten will. Dann soll der Betroffene die Notbremse ziehen können, bevor es zu spät ist.

Doch das genügt vielen Bundesparlamentariern nicht. Sie wollen die Hürden für solche Verfügungen senken. Aus dem Gesetz soll ein entscheidendes Wort gestrichen werden: Künftig soll das Gericht eine Publikation nicht nur dann verbieten können, wenn der betroffenen Person «ein besonders schwerer Nachteil» droht. Ein «schwerer Nachteil» soll ausreichen.

Der Ständerat hat bereits zugestimmt, der Nationalrat entscheidet am Dienstag. Es ist wohl übertrieben, von einem «Attentat auf die Medienfreiheit» zu sprechen, wie dies die Gegner der Revision tun. Damit ein Gericht eine superprovisorische Massnahme ausspricht, müssen auch weiterhin mehrere Kriterien erfüllt sein. Nur eines davon soll nun angepasst werden. Dies wird sich in der Praxis wohl weniger dramatisch auswirken als befürchtet.

Und doch gibt es keinerlei Grund, die Medienfreiheit einzuschränken – auch nicht ein bisschen. Die Schweizer Medien berichten, juristisch gesehen, meist einwandfrei. Der Umgangston ist vergleichsweise gemässigt. Zu groben Fouls kommt es selten – und wenn doch, greifen die Gerichte zuverlässig ein. So werden in der gegenwärtigen Debatte auch keine Beispiele genannt, bei denen eine superprovisorische Massnahme fälschlicherweise verweigert wurde.

Vorgebracht werden stattdessen die Medienkonzentration oder die Dynamik von Internet und sozialen Medien. Doch das sind keine Argumente. Politik und Wirtschaft haben ihre Strukturen der komplexeren Medienwelt längst angepasst, beispielsweise mit immer mehr Kommunikationsfachleuten, die die Berichterstattung präzise zu steuern oder zu unterbinden versuchen.

Das ist ihr gutes Recht. Zusätzlich juristische Schützenhilfe aber ist unnötig und schadet der Informationsfreiheit. Ideen, den Quellenschutz für Medienschaffende bei der Verbreitung von geschützten Informationen weiter einzuschränken, zielen in eine ähnliche Richtung. Solche Vorhaben widerspiegeln die verbreitete Skepsis gegenüber grösstmöglicher Medienfreiheit.

Der Name des Entführungsoffiziers Christoph Berger war kurz nach der superprovisorischen Verfügung bereits wieder in allen Medien zu lesen. Nicht etwa, weil sich die Journalisten nicht an das Verbot gehalten hätten. Sondern weil Bergers PR-Agentur die Kommunikationsstrategie kurzerhand wieder geändert hatte.